

Niederösterreichische Landes- versammlung.

Erhöhte Umlagen in Sicht.

Gestern trat die provisorische Landesversammlung von Niederösterreich zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Nachdem der Vorsitzende Landeshauptmann v. Steiner dem verstorbenen Abgeordneten Dr. Viktor Adler einen überaus ehrenden Nachruf gewidmet hatte, referierte Landesrat Sturm über das Budgetprovisorium und führte aus, daß die Kriegsjahre bedeutende Fehlbeträge in das Landesbudget brachten, so daß zu einer Erhöhung der Landesfondszuschläge gegriffen werden mußte, die jedoch von der ehemaligen österreichischen Regierung nicht zur kaiserlichen Genehmigung vorgelegt wurde. Im laufenden Jahre sind an Umlagen in Wien 50 Millionen, am flachen Lande 8,8 Millionen Kronen eingegangen, was einen Mehrertrag von rund 3,8 Millionen Kronen ergebe. Dem stehen Mehraufwände von 15 Millionen Kronen gegenüber. Die Stadtschulde noch aus dem Titel Ueberweisungen 28,6 Millionen Kronen. Das Budget für das Jahr 1919 sei noch in Ausarbeitung, es werde aber namhafte Mehrforderungen bringen, zu deren Bedeckung entweder Zuschläge zur Kriegsgewinnsteuer oder zur Vermögensabgabe oder Vereinfachung der Ländereien deren Erträge notwendig sein werden; jedenfalls werde eine Erhöhung der Landesfondszuschläge im nächsten Jahre eintreten müssen. Trotzdem sei die weitestgehende Sparsamkeit notwendig; zu diesem Zwecke werden unter anderem die Stellen der in Pension getretenen Beamten und Angestellten nicht mehr besetzt, dabei aber zugleich den im Dienste verbleibenden die Vorrückungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt. Der Referent stellte schließlich die bereits mitgeteilten Anträge betreffend die Einhebung von Zuschlägen.

Abg. Bürgermeister Dr. Weiskirchner bezeichnete die Vorschläge des Berichtstatters als einen schweren Schlag gegen die Industrie und das Gewerbe von Wien. Die Stadt Wien verliere allein durch den Wegfall der Ueberweisungen jährlich 22 Millionen Kronen. (Hört! Hört!) Er stellte den Antrag, diese Vorlage einem sofort zu wählenden 17gliedrigen Finanzausschusse zu überweisen. Nach der Wahl dieses Ausschusses, der sofort das Provisorium in Verhandlung zog, wurde die Sitzung geschlossen und die Plenarberatung der Vorlage auf heute, 10 Uhr vormittags, anberaumt.

Die antisemitische Vereinigung beschloß, vom Staatsrate die umgehende Liquidierung der Ueberweisungsbeträge von den direkten Steuern, der Branntweinsteuern und der Biersteuern in der Höhe von 40 Millionen Kronen, die bereits eingehoben sind, zu verlangen. Im Finanzausschusse wurde dann auch über Antrag Kainz eine Resolution, in der dringend die ehefte Flüssigmachung der Ueberweisungen gefordert wird, angenommen. In der Vereinigung der Christlichsozialen brachte Abg. Dr. Scholz das Heiratsverbot für die Lehrerinnen des flachen Landes zur Sprache und beantragte die Aufhebung dieses Verbotes. Der Antrag wurde angenommen.